

So wehren sich Städte gegen Plastik im Bioabfall

Küchenabfälle werden oft mitsamt Plastiksack im Grüngutcontainer entsorgt. Weil Bioabfall zu Kompost vergärt wird, landet der Plastik auf den Feldern und schliesslich als Mikroplastik in den Gewässern.

Anna Bérard

Aktualisiert: 26.02.2020, 06:00



Seit November hat Opfikon in Grüncontainern von über 100 Liegenschaften Fremdmaterial wie Plastiksäcke festgestellt.

PD

Was die Abfallfachleute der Stadt Opfikon in den Grüngutcontainern vorfinden, lässt sie erschauern: Plastiksäcke zuhauf, Blumentöpfe, mitunter sogar Gebührensäcke oder auch Rüstmesser. Der Chauffeur, der mittwochs auf seiner Tour durch Opfikon die Grüngutcontainer leert, hebt jeweils den Deckel und blickt in den Container, bevor er den Inhalt ins Kehrrechtfahrzeug kippt. Entdeckt er fremdes Material im Grüngut, schiesst er ein Foto und sendet dieses der Stadtverwaltung.

Esther Dunst ist Abfallbeauftragte von Opfikon. Sie sammelt die Fotos und kontaktiert jeweils die Hausbesitzer oder die Verwaltungen, wo die Grüngutcontainer mit dem Fremdmaterial stehen. «Seit November haben wir über 100 Liegenschaften angeschrieben», sagt sie.

Die Hausbesitzer und Verwaltungen erhalten nicht nur ein Informationsschreiben der Stadt, sondern auch eine Rechnung. Handelt es sich beim Container um einen kleineren mit bis zu 360 Liter Inhalt, beträgt die Gebühr 50 Franken, bei solchen bis 800 Liter 100

Franken. So sieht es das Gebührenreglement zur Abfallverordnung vor, wie Dunst erklärt. Entdeckt der Chauffeur bei seiner Tour Grüngutcontainer, wo Bioabfall mit Fremdstoffen vermischt ist, wird der gesamte Inhalt mit dem Haushaltskehricht entsorgt.

Schnipsel auf dem Acker

Wer nun denkt, Plastiksäcke und Blumentöpfe liessen sich einfach aus den biogenen Abfällen herausfischen, der irrt. Dies muss in aufwendiger Handarbeit erfolgen. Nur grössere Stücke würden aus dem Abfall entfernt, sagte Elmar Kuhn, Leiter der Sektion Abfallwirtschaft beim kantonalen Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, im Januar gegenüber dieser Zeitung. Und technische Anlagen zur Entfernung der Fremdstoffe würden nicht in allen Anlagen eingesetzt oder auf alle relevanten Fremdstoffe ausgerichtet. Also gelangen die Plastiksäckli mit den Küchen- und Gartenabfällen in den Schredder, der alles zusammen in kleine Teile zerlegt. Somit befinden sich Plastikpartikel im Gärprodukt, das in der Kompogasanlage zu Biogas und Kompost verarbeitet wird.

Dass Fremdmaterial mit dem Kompost auf den Feldern landet, kann der Kanton nicht tolerieren. So hat er jenen Betrieben Auflagen erteilt, in denen er Proben mit zu hohen Kunststoffanteilen gefunden hat.

Somit entsteht eine typische Kettenreaktion, wie Esther Dunst sagt: «Der Kanton macht Druck auf die Kompogasanlagen. Diese nehmen die Gemeinden in die Pflicht und jene wiederum die Hausbesitzer und Verwaltungen.» Werden diesen die Entsorgung des Grünguts in Rechnung gestellt, hätten die Mieterinnen und Mieter die Folgen zu tragen, ist Dunst überzeugt. «Erhält ein Hausbesitzer oder eine Verwaltung mehrmals eine Rechnung, werden sie die Grüngutcontainer wahrscheinlich entfernen», sagt sie. So würden jene bestraft, die ihre Bioabfälle korrekt entsorgen. Besonders ärgerlich sei, dass trotz wiederholter Information der Bevölkerung die Zuwiderhandlungen nicht abnehmen.

Bruno Maurer, Stadtrat von Opfikon und verantwortlich für das Ressort Bau und Versorgung, sieht die Schwierigkeit darin, jene zur Rechenschaft zu ziehen, die den Abfall nicht korrekt entsorgen. «Wir hoffen auf die soziale Kontrolle in den Wohnsiedlungen.»

Auch Kloten stellt Rechnungen

Opfikon ist nicht alleine mit dem Problem. Je urbaner, umso grösser sei es, sagt Reto Schindler, Entsorgungsbeauftragter der Stadt Kloten. Wie in Opfikon fotografieren die Chauffeure in Kloten jene Container, in denen sie Fremdstoffe unter den Bioabfällen vorfinden. Laut Schindler verlangt Kloten von den Verwaltungen, das verschmutzte Grüngut als Haushaltskehricht auf eigene Rechnung zu entsorgen und gleichzeitig die Mieterschaft zu informieren. «Wenn sich die Situation nicht verbessert, muss man sich überlegen, ob ein Grüngutcontainer wirklich sinnvoll ist», sagt Schindler.

Das Gesetz verpflichte die Gemeinden zwar, eine Grüngutsammlung anzubieten. «Aber wir können die Liegenschaftsbesitzer nicht dazu verpflichten, ihren Mietern einen Grüngutcontainer anzubieten.» Somit bestehe die Möglichkeit, auf eine

Grüngutsammlung zu verzichten. «Wir haben Verständnis für eine Verwaltung, die sich zu diesem Schritt entscheidet», sagt Schindler. Es gebe Liegenschaften, wo es nichts bringe, Grüngutcontainer einzusammeln. «Es gibt aber auch Missverständnisse, etwa wenn jemand ein kompostierbares Säckli ins Grüngut wirft und andere denken, es sei ein normales Plastiksäckli, und dies auch tun.»

Keine Gebühr in Bülach

Auch Bülach kämpft mit demselben Problem. Laut Gaby Schaad, zuständig für die Entsorgung in Bülach, hat man bislang den Hauseigentümern und Verwaltungen nichts für die Entsorgung von verschmutztem Grünabfall verrechnet. Man versuche es nochmals mit Informationen und Mahnungen. «Wenn aber keine Besserung eintritt, müsste man das Grüngut, das aufgrund von Fremdstoffen mit dem Haushaltskehricht entsorgt werden muss, wägen und die Kosten den Hausverwaltungen weiterverrechnen.»